

Steuergelder für Grüne? AfD fordert Überprüfung der Compact-Affäre

Die AfD fordert eine Prüfung der Steuergeldumverteilung an die Grünen. Peter Boehringer zu den Compact-Vorwürfen.

Berlin (ots)

Auswirkungen der Compact-Affäre auf die politische Landschaft

Die Debatte über die Finanzierung politischer Parteien in Deutschland steht momentan im Fokus, nachdem jüngst eine Spende in sechsstelliger Höhe an die Grünen von Compact e.V. öffentlich wurde. Compact ist bekannt als eine linke Lobbyorganisation, die sich seit vielen Jahren aktiv gegen die AfD stellt und damit die politische Landschaft beeinflusst.

Politische Spannungen zwischen Parteien

Peter Boehringer, stellvertretender AfD-Bundessprecher, äußerte sich kritisch über den Verlauf dieser Spende. Er weist darauf hin, dass Compact 50 Prozent an der HateAid gGmbH hält, die in den letzten Jahren über zwei Millionen Euro Steuermittel, vornehmlich aus dem vom grünen Ministerium verwalteten Fördertopf „Demokratie leben“, erhalten hat. Dies ruft Fragen über die Fairness und Transparenz im politischen Wettbewerb hervor.

Kritik an der Rolle des Staates

Die AfD bringt ernsthafte Bedenken gegenüber der Umverteilung von Steuergeldern an politische Parteien vor. Boehringer spricht von einer „ungerechtfertigten Vorteilsnahme“ im politischen Wettbewerb, die durch ein komplexes Netzwerk von Ministeriums-Fördergeldern und gemeinnützigen Organisationen ermöglicht wird. Er fordert eine strikte Überprüfung der Aktivitäten von staatlich geförderten Vereinen, um eine solche Finanzierung der Partei zu unterbinden.

Transparenz und Gesetzeskonformität in der Parteienfinanzierung

Ein weiterer brisanter Punkt betrifft die Transparenz der Spender. Boehringer kritisiert, dass Campact als Sammelstelle für Spenden unbekannter Dritter fungiert, was gegen das Parteiengesetz verstoßen könnte. Dieses Gesetz verlangt eine Offenlegung der tatsächlichen Spender, um sicherzustellen, dass die Parteienfinanzierung fair und rechtmäßig erfolgt. Der Verdacht steht im Raum, dass Steuergelder über intransparente Kanäle an politische Parteien geleitet werden, was eine ernsthafte Gefährdung der demokratischen Ordnung darstellt.

Forderung nach staatlicher Überprüfung

Als Reaktion auf diese Entwicklungen hat die AfD die Verwaltung des Deutschen Bundestags um eine zeitnahe Überprüfung der Vorgänge gebeten. Es bleibt abzuwarten, ob den Vorwürfen nachgegangen und die Angelegenheit ausreichend transparent gemacht wird. Diese Affäre könnte entscheidende Auswirkungen auf die Zukunft der Parteienfinanzierung in Deutschland haben und die Diskussion über die Rolle von Lobbyorganisationen in der politischen Landschaft neu entfachen.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de